

ROTER HAHN



Liebe Leserin, lieber Leser,

ob und wann es eine neue Regierung geben wird, ist auch drei Monate nach der Bundestagswahl ungewiss. Nun ist bald Weihnachten.

Zu Weihnachten gehört auch, sich einmal im Jahr weniger Sorgen als im Alltag machen zu müssen. Deshalb hat DIE LINKE einen Antrag für die Einführung eines Kinderweihnachtsgeldes in Höhe von 50 Prozent des monatlichen Kindergeldes ([19/101](#)) eingebracht. Die Zahlung soll weder bei Sozial- noch bei Unterhaltsleistungen angerechnet werden. Um allen Kindern die Möglichkeit zu geben, gemeinsam in der Familie ein freudenspendendes Weihnachtsfest zu feiern, ist eine eigenständige Leistung geboten.

Am Ende eines sehr intensiven und ereignisreichen Jahres möchte ich all jenen danken, die mich in meiner Arbeit begleitet, unterstützt und bestärkt haben, natürlich meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Berlin, Pirna, Sebnitz und Meißen, aber insbesondere auch meiner Ehefrau Katharina.

Allen Nutzern des Newsletters ein schönes Weihnachtsfest, einen guten Rutsch ins Neue Jahr sowie ein gesundes und friedliches 2018 wünscht

Ihr/Euer

Ein Jahr nach dem Attentat auf dem Berliner Breitscheidplatz

„DIE LINKE unterstützt ohne Wenn und Aber die Forderungen des ‚Opferbeauftragten‘ der Bundesregierung, Kurt Beck, die Opferentschädigung von Verletzten und Hinterbliebenen von Terroranschlägen und anderen Gewalttaten deutlich zu verbessern. Das gilt nicht allein für die Opfer des Terroranschlags vom 19. Dezember 2016 auf dem Berliner Breitscheidplatz, denn auch in anderen Fällen – beispielsweise bei den Opfern des NSU – war und ist die staatliche Unterstützung unzureichend“, [erklärte André Hahn am 13. Dezember im Bundestag](#). Am 18. Mai 2017 gab es zu dem Thema schon mal eine Debatte im Bundestag. Einstimmig wurde das Gesetz zur Einführung eines Anspruchs auf Hinterbliebenengeld angenommen, aber zugleich gegen die Stimmen von LINKEN und Grünen den Entwurf zur Änderung des Opferentschädigungsgesetzes abgelehnt. In der Beschlussempfehlung hieß es seinerzeit: „Die Fraktion der CDU/CSU machte geltend, dass (...) in der Folge des schrecklichen Attentats auf dem Berliner Breitscheidplatz allen Opfern und deren Hinterbliebenen geholfen werden konnte. Daher gebe es keinen akuten Regelungsbedarf.“ Was für eine fatale Fehleinschätzung! Bis heute hat noch niemand die politische Verantwortung für das schier unglaubliche Behördenversagen im Fall Amri übernommen. Es hapert bei der juristischen und politischen Aufarbeitung, bei der psychologischen Unterstützung und hinsichtlich einer angemessenen finanziellen Entschädigung. Statt immer weitere Ankündigungen, mit denen die Betroffenen letztlich nur hingehalten werden, ist eine schnelle und durchgreifende Änderung der geltenden Regelungen nötig – so André Hahn.

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

AUSGABE 57

DEZEMBER 2017

TERMINE MIT ANDRÉ HAHN (AUSWAHL)

*

02.01.2018

Neujahrsempfang der
Stadt Sebnitz
Stadthalle Sebnitz

*

03.01.

Neujahrsempfang des
Sächsischen Landtages
Dresden

*

06.01.

Sächsische Sportgala
ICC Dresden

*

07.01., 13:45 Uhr
Weltcup 4-er Bob

Altenberg

*

11.01., 15 – 17 Uhr
Bürgersprechstunde
Wahlkreisbüro Sebnitz

*

14.01.11:00 Uhr
Gedenken an Rosa Luxemburg
und Karl Liebknecht



Gedenkstätte der Sozialisten,
Berlin-Friedrichsfelde

*

14.01., 14:00 Uhr
Politischer Jahresauftakt der
Fraktion DIE LINKE.
Kino Kosmos Berlin

*

15.01.-19.01.
Sitzungswoche im Bundestag
Berlin

*



Neues aus der Welt des Sports

Auch wenn es noch keinen Sportausschuss im Bundestag gibt (die Ausschüsse sollen am 31. Januar 2018 konstituiert werden), bleibt André Hahn als sportpolitischer Sprecher der LINKEN in der 18. Wahlperiode Ansprechpartner für die vielen Sportvereine und –verbände.

„Wäre es nicht so offensichtlich falsch, wäre es geradezu komisch zu nennen“, kommentierte er die [Antwort der Bundesregierung](#) auf seine Schriftliche Frage zu Maßnahmen der Sportstättenförderung durch den Bund. „Einen Tag, nachdem der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) zum wiederholten Male auf den erheblichen Sanierungsstau bei der Sportstätteninfrastruktur hingewiesen und ein Bundesprogramm von jährlich mindestens 500 Mio. Euro für dringend notwendig erklärt hat, schreibt Staatssekretär Florian Pronold (SPD) aus dem BMU: „Die Förderung von Sportstätten im Rahmen einer integrierten gebietsbezogenen kommunalen Planung hat sich aus Sicht der Bundesregierung bewährt.“ Für DIE LINKE bedeutet Sportförderung gerade auch die Bereitstellung und Erhaltung von Sportstätten, eine möglichst entgeltfreien Nutzung durch gemeinnützige Sportvereine, Schulen und Kitas als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Hier ist auch der Bund in der Verantwortung.

Immer näher rücken die Olympischen Winterspiele und die Paralympics in PyeonChang (Südkorea). Für André Hahn war die Entscheidung des IOC zum Start russischer Sportlerinnen und Sportler bei Olympia 2018 einerseits nachvollziehbar, andererseits in mindestens einem Punkt aber völlig überzogen. Seinen gesamten Kommentar finden Sie auf der [Homepage](#).



Zu den weiteren Aktivitäten des Sportpolitikers gehörten die Teilnahme an der Jahresversammlung des DOSB in Koblenz, an der Auszeichnung der

Behindertensportler des Jahres in Köln sowie an einem Vorrundenspiel der deutschen Nationalmannschaft bei der Frauenhandball-WM in Leipzig.

Pflegenotstand wirksam bekämpfen

Gleich zwei Anträge der LINKEN standen am 21. November als Punkt 10 auf der Tagesordnung im Bundestag: „Wahlkampfversprechen erfüllen – Verbindliche Personalbemessung in den Krankenhäusern durchsetzen“ (Drs. [19/30](#)) sowie der Antrag „Sofortprogramm gegen den Pflegenotstand in der Altenpflege“ (Drs. [19/79](#)). Hier fordert DIE LINKE, dass die Bundesregierung sofort handeln muss, um zumindest die schlimmsten Auswirkungen des Pflegenotstands zu bekämpfen. Ein verbindlicher Personalschlüssel und die Anhebung des Pflegemindestlohns wären ein Signal an die Pflegekräfte und die Menschen mit Pflegebedarf. Geld für Sofortmaßnahmen ist vorhanden und wäre ein wichtiger Schritt hin zu einer Solidarischen Pflegeversicherung. Dies war auch Thema, als André Hahn am 18. Dezember zum [Informationsbesuch](#) beim „ASB Königstein/Pirna e.V.“ in Pirna war. Der ASB ist seit über 25 Jahren ein wichtiger Verein und Träger im sozialen Bereich im Wahlkreis. Ein Seniorenzentrum/ Pflegeheim, Betreutes Wohnen in Pirna und Königstein, eine ambulante Betreuung (häusliche Alten- und Krankenpflege), sieben Kindertagesstätten sowie das sogenannte „Essen auf Rädern“ gehören dazu.

IN KÜRZE

Am 12. und 13. Dezember beschloss der Bundestag in namentlichen Abstimmungen die Fortsetzung von sieben (!) bewaffneten Einsätzen der Bundeswehr im Ausland. DIE LINKE hat wie bisher geschlossen gegen alle Kriegseinsätze gestimmt.

*

Am 21. November hat sich die [Sächsische Landesgruppe der sechs Bundestagsabgeordneten der LINKEN](#) konstituiert. Den Vorsitz hat Sören Pellmann aus Leipzig übernommen.

*

Am 11. November lud DIE LINKE Sächsische Schweiz-Osterzgebirge zum Kreisparteitag ein. Als Kreisvorsitzender wurde Lutz Richter wiedergewählt. André Hahn meldete sich zur Auswertung der Bundestagswahl und zur aktuellen politischen Lage zu Wort.

*

Am 27. November feierte das „[Haus für Viele\(s\)](#)“ 20 Jahre Vereinsgeschichte. Auch André Hahn gratulierte und veranstaltete eine Versteigerung zu Gunsten der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Vom Fanschal bis zur Laptop-Mappe kamen einige seiner Andenken unter den Hammer und insgesamt 250 Euro Spendengelder von den rund 100 Gästen zusammen.

André Hahn
bei Facebook



Impressum/Kontakt

Büro Dr. André Hahn, MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030 227 75777
E-Mail: andre.hahn@bundestag.de

Wahlkreisbüro Sächsische Schweiz—
Osterzgebirge:
Lauterbachstr. 4, 01796 Pirna
Tel.: 03501 5710090
E-Mail: andre.hahn.ma03@bundestag.de

Wahlkreisbüro Meißen:
Dresdner Str. 13, 01662 Meißen
Tel.: 03521 727702
E-Mail: andre.hahn.ma09@bundestag.de

Redaktionsschluss: 20.12.2017
Redaktion: A. Nowak